

# Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit  
Eggenreuther Weg 43, 91058 Erlangen

Foodwatch e.V.  
Brunnenstr. 181  
10119 Berlin

Versand nur per Telefax und E-Mail

Fax: 030-240-476-26

E-Mail: [info@foodwatch.de](mailto:info@foodwatch.de)

Fax: 030-240-476-26

Ihre Nachricht  
21.11.2016

Unser Aktenzeichen  
K1-8505-03-16-  
D783/2017

Ansprechpartner/E-Mail:

Durchwahl und Fax:

+49 (9131)

+49 (9131)

Datum

12.01.2017

## VIG-Antrag v. 21.11.2016 zu Weihnachtssüßwaren Acrylamid in Lebkuchen, Grundverwaltungsakt gemäß § 5 Abs. 2 VIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 21.11.2016 ergeht folgender

### Bescheid

- I. Dem Antrag vom 21.11.2016 wird stattgegeben.

Die Informationsgewährung erfolgt durch Veröffentlichung der im Zeitraum v. 01.09.2016-21.11.2016 in Lebkuchen nachgewiesenen Acrylamid-Gehalte zusammen mit der jeweiligen Probennummer, der Produktbezeichnung, dem Mindesthaltbarkeitsdatum, der Charge und des Herstellers bzw. Vertreibers im Internet unter [www.lgl.bayern.de](http://www.lgl.bayern.de).

Der Antragsteller wird unmittelbar nach der Veröffentlichung per E-Mail auf die Veröffentlichung hingewiesen.

- II. Die Veröffentlichung im Internet erfolgt innerhalb von drei Werktagen nach Bestandskraft dieses Bescheides, der den betroffenen Betrieben gem. § 5 Abs. 2 Satz 2 VIG bekannt gegeben wird. Die Veröffentlichungsdauer beträgt einen Monat.
- III. Der Antragsteller trägt die Verfahrenskosten, soweit sie 250 € übersteigen. Die Kosten werden in einem gesonderten Bescheid festgesetzt.

### Begründung

#### I.

Mit Schreiben vom 21.11.2016, das am selben Tag per E-Mail und am 24.11.2016 auf dem Postweg bei uns eingegangen ist, beantragen Sie (Im Folgenden: „Antragsteller“), Ihnen Informationen zu folgender Frage zugänglich zu machen:

LGL  
Eggenreuther Weg 43  
91058 Erlangen

**Dienststelle:**  
LGL, Dienststelle Erlangen  
Eggenreuther Weg 43  
91058 Erlangen

**Telefon:** 09131 / 6808 - 0  
**Telefax:** 09131 / 6808 -  
2102

**Telefon:** 09131 / 6808 - 0  
**Telefax:** 09131 / 6808 - 2102

**E-Mail und Internet**  
[poststelle@lgl.bayern.de](mailto:poststelle@lgl.bayern.de)  
[www.lgl.bayern.de](http://www.lgl.bayern.de)

Anfahrtsskizze im Internet  
**Bus:** 286 Max-Planck-Str.  
Haltestelle: Eggenr. Weg

**Bankverbindung**  
Bayerische Landesbank  
IBAN: DE31 7005 0000  
0001 2792 80  
BIC: BYLADEMM

„Welche Ergebnisse von im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung durchgeführten Untersuchungen von Proben saisonaler, zum Weihnachtsgeschäft 2016 vermarkteter Süßwaren (insbesondere Schokoladen-Adventskalender, Lebkuchen, Printen, Plätzchen, Schokoladen-Hohlfiguren etc.) sind dem LGL bekannt (insbesondere Untersuchungen auf Dioxine, Schwermetalle, Salmonellen, Acrylamid, etc.) unter Angabe des jeweiligen Untersuchungsergebnisse, des Herstellers, der genauen Produktbezeichnung, des Mindesthaltbarkeitsdatum und der Chargennummer.“

Im Untersuchungszeitraum vom 01.09.2016 bis zum 21.11.2016 (Eingang des Antrags) lagen dem LGL die Untersuchungsergebnisse zu Acrylamid-Gehalten in Lebkuchen von 14 verschiedenen Herstellern/Vertreibern vor.

Die Untersuchungsergebnisse für den Zeitraum vom 22.11.2016-22.12.2016 sind Gegenstand eines weiteren VIG-Verfahrens.

## II.

Die nachgewiesenen Acrylamid- Gehalte in Lebkuchen sind Informationen zur Beschaffenheit und den chemischen Eigenschaften eines Erzeugnisses, auf deren Erteilung der Antragsteller gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 VIG einen Anspruch hat, und die das LGL auf der Rechtsgrundlage des § 6 Abs. 1 S. 3 VIG auch unabhängig von einem Antrag veröffentlichen kann.

Die betroffenen Unternehmen wurden gemäß § 5 Abs. 1 VIG i. V. m. Art. 28 BayVwVfG vor Erlass dieses Grundverwaltungsakts zur beabsichtigten Herausgabe und ggf. beabsichtigten Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse angehört. Ein Teil der Unternehmen hat sein Einverständnis erklärt, ein Teil hat widersprochen, ein weiterer Teil hat keine Rückmeldung abgegeben.

Etwaige Rechtspositionen der betroffenen Unternehmen werden durch die Herausgabe der Acrylamid-Gehalte an foodwatch e.V. nicht verletzt. Insbesondere geht es hier nicht um eine Information zu einer Rezeptur, die durch das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis geschützt wäre, da es sich bei Acrylamid nicht etwa um eine Zutat, sondern um eine unerwünschte Kontamination handelt, die erst im Herstellungsprozess entsteht.

Bei einer Abwägung des durch das VIG geschützten Interesses an einer umfassenden Information der Verbraucher gegenüber dem durch die Art. 12 und Art. 14 GG geschützte Geschäfts- und Betriebsgeheimnis überwiegt jedenfalls vorliegend das Informationsinteresse des Antragstellers und der Öffentlichkeit. Denn das Vorhandensein des aus gesundheitlichen Gründen unerwünschten Acrylamids in Lebkuchen, wenn auch nur in geringen Mengen, stellt durchaus einen wichtigen Aspekt im Rahmen der Kauf- oder Konsumententscheidung eines Verbrauchers dar, und unterliegt daher einem besonderen Informationsinteresse. Dies gilt auch dann, wenn - wie hier - eine Abweichung von lebensmittelrechtlichen Vorschriften nicht vorliegt.

Vor diesem Hintergrund macht das LGL von dem ihm gemäß § 6 Abs. 1 S. 3 VIG obliegenden Ermessen Gebrauch, die Information im Wege einer Veröffentlichung zu erteilen. (Vergleiche hierzu auch VG Regensburg Beschluss v. 15.12.2015, Az. RO 5S 15.2163 und Bayer. VGH Beschluss v. 17.12.2015 Az. 20CS 15.2677)

Die Gewährung des Auskunftsanspruches wird durch Veröffentlichung unter [www.lgl.bayern.de](http://www.lgl.bayern.de) erfolgen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass das LGL

gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 VIG nicht verpflichtet ist, die inhaltliche Richtigkeit der unter Ziffer I. genannten Informationen zu überprüfen.

Den betroffenen Betrieben wird gemäß § 5 Abs. 2 S. 2 VIG dieser Bescheid, gegen den diese gem. § 42 VwGO Klage erheben können, bekanntgegeben.

Gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 VIG hat der Antragsteller von dem Verwaltungsaufwand, soweit er 250 € übersteigt, zu tragen. Hierzu wird ein gesonderter Kostenbescheid ergehen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in Ansbach,  
Postfachanschrift: Postfach 616 in 91511 Ansbach,  
Hausanschrift: Promenade 24-28 in 91522 Ansbach,

Klage erhoben werden. Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erhoben werden.

**Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Freistaat Bayern) und **den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen ist der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) und dem Dienstleistungsportal Bayern ([www.eap.bayern.de](http://www.eap.bayern.de)) zu entnehmen. Zur Einhaltung der Einlegungsfristen beachten Sie bitte, dass für eine Kommunikation über die Plattform eine Registrierung (Authentifizierung erfolgt sodann durch Eingabe des per Post versendeten Aktivierungs-Codes) notwendig ist und dies ggf. geraume Zeit in Anspruch nehmen kann.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]  
[REDACTED]

